

Editorial

Marlene Haupt und Heinz-Stapf Finé

Es ist schon zum Allgemeinplatz geworden: Die Corona-Krise hat nicht so sehr neue Fragen zu sozialer Gerechtigkeit aufgeworfen, sondern eher alte Probleme wie unter einem Brennglas deutlicher hervortreten lassen. Für eine Zeitschrift mit dem Titel „Sozialer Fortschritt“ ist es wichtig, sich schon zu einem Zeitpunkt in die gesellschaftliche Debatte einzuschalten, in der die Pandemie noch nicht vorüber ist. Denn die gesellschaftliche Debatte um die Frage, wie wir nach der Krise weiterleben wollen, bedarf des Kompasses der sozialen Gerechtigkeit. Da dieser Maßstab nicht einfach zu finden ist, braucht es reflektierten fachlichen Input.

„Solidarität“ ist ein Begriff, der bei Ausbruch der ersten Welle häufig zu hören war, meist im Zusammenhang mit der Aufforderung, sich und vor allem andere durch Befolgen der Abstands- und Hygieneregeln zu schützen. Zunächst schien es so, als würden wir durch achtsames Miteinander und das Befolgen von Regeln vergleichsweise gut durch die Pandemie kommen. Jetzt ist es um den Begriff der Solidarität eher ruhiger geworden, das eigene Schicksal ist denen wohl näher, die bspw. versuchen, die Impfreihefolge zu ihren Gunsten zu umgehen.

Neben dem gesellschaftlichen Umgang miteinander ist staatliches Handeln bedeutsam geworden. Hier wurden in der Vergangenheit falsche Prioritäten gesetzt – jedenfalls im Hinblick auf öffentliche Vorsorge vor Pandemien: die Gesundheitsämter waren mit dem Rotstift zu stark ausgezehrt und Krankenhäuser und Pflegeheime personell und im Hinblick auf die Ausstattung ausgedünnt worden. Umso wichtiger ist es, dass die Bundesregierung viel Geld in die Hand nimmt, auch um die Krisenfolgen abzumildern. Bei aller Kritik an den Beihilfen für bestimmte Branchen und Berufsgruppen, stelle man sich einmal vor es wäre gar nichts oder zu wenig passiert.

Nicht immer ist staatliches Handeln auf Anhieb geglückt. So war es eine gute Idee der Europäischen Kommission im Rahmen der Impfstoffbeschaffung solidarisch untereinander zu sein und eine gemeinsame Beschaffungspolitik zu betreiben. Viele hätten sich jedoch gewünscht, dass dies schneller und unbürokratischer geschieht. Auch in dieser Hinsicht bietet die Corona-Krise Stoff zum Lernen.

Wir sind froh, dass wir eine Reihe von Autorinnen (die meisten sind tatsächlich Frauen) gewinnen konnten, um eine Reihe von Themen zum Gegenstand zu machen, welche starke Gerechtigkeitsfragen aufwerfen. Allen Autorinnen und Autoren gebührt besonderer Dank, weil sie es auf sich genommen haben, trotz der Herausforderung durch Home-Office, Home-

Schooling und Home-Cooking fachlich fundierte Beiträge auszuarbeiten, welche hilfreich für die gewünschte Debatte um die Zukunft des gesellschaftlichen Zusammenlebens sind.

Natürlich liefern die Beiträge nur eine Auswahl an Themen und die Diskussion muss auch künftig weitergehen und weitere Themenfelder umfassen. Zum Beispiel bedarf es eines Diskurses darüber, warum die Seuche ausgerechnet in Pflegeheimen so stark zugeschlagen hat, um daraus Schlussfolgerungen für eine qualitativ hochwertige und krisensichere Pflege ziehen zu können. Das Thema Bildungsgerechtigkeit ist im vorliegenden Heft vor dem Hintergrund früher Bildung behandelt. In Schule, Studium und Weiterbildung stellen sich aber auch wichtige Fragen. Derzeit wird vor allem der quantitative Bedarf nach mehr Hard- und Software problematisiert. Unbeantwortet bleiben viele Fragen, wo mehr Digitalisierung pädagogisch sinnvoll einsetzbar ist und mit welchen Werkzeugen, um am Ende die Qualität der Bildung zu erhöhen. Schließlich ist die Pandemie eine starke Herausforderung für die Fortentwicklung unseres demokratischen Gemeinwesens. Ausgerechnet in (meist nicht weiter reflektierter) Berufung auf Grundrechte machen sich Stimmungen gegen Politik und demokratische Institutionen breit. Nicht alle Kritik ist unberechtigt: Man kann schon fragen, ob die Ministerpräsidenten-Konferenz ein legitimes Organ ist und ob die Parlamente nicht stärker eingebunden werden sollten. Aber wir müssen viel tun, damit sich antidemokratische Stimmungen nicht zu Haltungen verfestigen.